

## **Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021**

### **Zu TOP: 9.5**

#### **Aufbau eines Katastrophen- und Zivilschutzentrums in der Hansestadt Stralsund**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0119/2021**

Herr Adomeit begründet den vorliegenden Antrag. Die Thematik sollte ernst genommen werden, um auf Situationen wie den Winter 78/79 vorbereitet zu sein.

Herr Bauschke hält das Anliegen für unterstützenswert. Um diesem gerecht zu werden, sollte im Landkreis die Schaffung eines Katastrophenschutzlagers initiiert werden. Herr Bauschke verliest nachfolgenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen im Landkreis die Schaffung eines Katastrophenschutzlagers zu initiieren, um bei Eintritt einer Katastrophenlage für die Bürger der Hansestadt Stralsund die Bereitstellung von ausreichend Notunterkünften, Zelten, Decken, Wasser, Verpflegung und Stromversorgung gewährleisten zu können.“

Herr Hofmann merkt an, dass Personalbedarf bestehen wird und das Ehrenamt dahingehend gefördert werden muss. Er beantragt, den Änderungsantrag wie folgt zu ergänzen:

„Die personelle Ausstattung und Angebote für das Ehrenamt sind zu erweitern.“

Der Oberbürgermeister geht auf die geführte Diskussion ein und betont, dass vor Ort hochengagierte Kräfte im THW, in der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr sowie in den Rettungsdiensten tätig sind. Die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr an der MTS in Frage zu stellen, hält er zudem für unangemessen.

Herr Bauschke hält den Ergänzungsantrag nicht für zielführend. Ansinnen des ursprünglichen Antrages war die Schaffung eines Katastrophenschutzlagers. Ein zusätzliches Ausbildungszentrum sieht er in dem Kontext als nicht erforderlich an.

Herr Hofmann hält an dem Ergänzungsantrag fest, da er die Fokussierung auf die personelle Ausstattung und die Erweiterung der Angebote für das Ehrenamt für unschädlich für das Grundanliegen hält.

Herr Paul lässt über den Ergänzungsantrag von Herrn Hofmann abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Nachfolgend stellt er den Änderungsantrag von Herrn Bauschke zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen im Landkreis die Schaffung eines Katastrophenschutzlagers zu initiieren, um bei Eintritt einer Katastrophenlage für die Bürger

der Hansestadt Stralsund die Bereitstellung von ausreichend Notunterkünften, Zelten, Decken, Wasser, Verpflegung und Stromversorgung gewährleisten zu können.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

2021-VII-06-0549

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 09.09.2021